

2 Grad Celsius

Автор(и): Нора Иванова, Редактор Растителна Защита /РЗ/

Дата: 08.12.2015 Брой: 12/2015



Am 30. November wurde die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 21) in Le Bourget bei Paris offiziell eröffnet. Über 100 Länder, darunter die EU-Mitgliedstaaten, werden fast zwei Wochen lang an einem Tisch sitzen, um Probleme zu erörtern, die allen gemeinsam sind und mit den globalen Klimaveränderungen auf unserem Planeten zusammenhängen. Die Präsidenten der USA, Russlands, Chinas sowie der französische Staatschef François Hollande und UN-Generalsekretär Ban Ki-moon werden detaillierte Berichte mit Vorschlägen für langfristige Lösungen vorlegen.

Nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie ist 2015 das heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre haben neue Höchststände erreicht, und die globale durchschnittliche Kohlendioxidkonzentration hat im Frühjahr 2015 auf der Nordhalbkugel erstmals die Schwelle von 400 Teilen pro Million überschritten, wie Studien zeigen. Somit wird 2016 noch wärmer als 2015 sein und so weiter, bis der Zeitpunkt erreicht ist, an dem

es bereits zu spät sein wird, die schädlichen Auswirkungen auf die Natur zu stoppen. Wenn die globale Erwärmung nicht begrenzt wird, und zwar um **2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter (1850-1900)**, werden die erwarteten Naturkatastrophen zur Realität, nicht zu einer Hollywood-Produktion. Ganze Städte werden überflutet, ein Großteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird verschwinden, und die Migrationswelle als Folge des Klimawandels wird die nationalen Grenzen für immer verändern. Bis 2050 werden rund 250 Millionen Klimaflüchtlinge ihre Heimatländer verlassen. Die Lösung ist eine - eine drastische Reduzierung des Energieverbrauchs und der Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energien. All dies muss in einem internationalen Abkommen festgehalten werden, das für alle Länder verbindlich ist und präzise und klare rechtliche Prioritäten garantiert, die Staaten verpflichtet, Gesetze in diese Richtung zu verabschieden, und das nicht freiwilliger Natur ist. Werden die großen Partner es schaffen, in 13 Tagen in diesem vielleicht zum Scheitern verurteilten Kampf einen Konsens zu erzielen?

13 Tage

Die Weltkonferenz dauert genau 13 Tage, vom 30. November bis zum 11. Dezember, und die Verhandlungen werden voraussichtlich hart sein, da sich die Teilnehmer übermäßig ehrgeizige Ziele gesetzt haben: Reduzierung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 %, Erreichung einer Energieeffizienz von 40 % und Steigerung der erneuerbaren Energien um mindestens 30 % bis 2030. Die Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Emissionsreduzierung in der Luft- und Schifffahrt werden ebenfalls als reale Möglichkeit zur Begrenzung von Treibhausgasen diskutiert. Wird ein potenzielles globales Abkommen, das die oben genannten Vorschläge enthält, die Welt retten können?

Ranking 2015

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen haben Experten des Umweltzentrums für Mittel- und Osteuropa ein spezielles "Ranking - 2015" entwickelt, das die EU-Mitgliedstaaten umfasst. Hinsichtlich ihrer Aktivitäten zur Anpassung an die globalen Klimaveränderungen werden die Länder in drei Gruppen eingeteilt. Die erste, die eine hohe Bewertung hat, umfasst 9 Länder, wobei die ersten drei Plätze jeweils von Österreich, Dänemark und Finnland belegt werden. In der Gruppe mit mittlerer Bewertung befinden sich zehn Länder, angeführt von den Niederlanden, der Slowakei und Rumänien. In der dritten Gruppe mit niedriger Bewertung sind 9 Länder, die ersten drei sind: Zypern, Bulgarien und Kroatien.

Hristo Dunchev, Direktor des Umweltzentrums für Mittel- und Osteuropa, sagt, dass das Ranking auf der Grundlage von sechs Indikatoren mit insgesamt 15 Unterindikatoren ermittelt wird. Zu den wichtigeren gehören: wirtschaftliche Indikatoren, Umsetzung der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Maßnahmen im Bereich der erneuerbaren Energien, Umsetzung der Richtlinie zur Bewertung und zum Management von Hochwasserrisiken.

Ein Plan zur Rettung des Planeten oder eine geografische Karte der Armut?

Selbst bei einem globalen Problem wie dem Klimawandel und seinen Folgen ist die Kluft zwischen reichen und armen Ländern mehr als spürbar. Um den Plan zur Rettung des Planeten umzusetzen, ist ein Übergang zu grüner Energie und die Einhaltung nationaler Strategien zur Anpassung an den Klimawandel erforderlich. All das kostet Geld, das ein Großteil der ärmeren Länder nicht hat. Ein außerordentlich wichtiger Teil des Treffens in Paris wird die Festlegung der Höhe und der Methode zur Finanzierung der Anpassungspläne aller betroffenen Länder sein. Die Industrieländer haben sich verpflichtet, bis 2020 jährlich 100 Milliarden US-Dollar als öffentliche und private Finanzierung aufzubringen, um armen Ländern zu helfen, die ihre Emissionen reduzieren und sich auf den Klimawandel vorbereiten müssen. Nach Angaben des UN-Umweltprogramms wird die Anpassung aller Länder an die neuen Anforderungen jedoch bis 2030 etwa 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr kosten. Einige Experten gehen davon aus, dass die Bekämpfung des Klimawandels zwischen 0,04 % und 0,14 % des jährlichen globalen BIP-Wachstums in Anspruch nehmen wird.

Die andere große Sorge ist, ob das auf der aktuellen Konferenz zu erarbeitende Abkommen rechtlich bindend sein wird. Wir erinnern uns noch an die bittere Erfahrung mit dem vorherigen Abkommen (Kyoto-Protokoll), das empfehlenden Charakter hatte und in diesem Sinne von denen sehr bequem umgangen werden konnte, die es für profitabel hielten, ihre industrielle Tätigkeit auszuweiten und die bereits drastisch schwindenden natürlichen Ressourcen schonungslos auszubeuten.

Das Kyoto-Protokoll ist das erste globale Umweltschutzabkommen, das bereits 1997 als Zusatz zur UN-Klimarahmenkonvention unterzeichnet wurde, aber beispielsweise von den USA nie ratifiziert wurde. Kanada ist lautstark ausgetreten, und Indien und China haben das Abkommen als nicht bindend angenommen, trotz der eingegangenen Verpflichtung, die Emissionen von 9 Gasarten (der Arten CO₂, CH₄, N₂O und drei Arten fluorierter Industriegase: HFCs, PFCs und SF₆) zu begrenzen, die die planetare Erwärmung verursachen. Das Ziel des Kyoto-Protokolls war es, im Zeitraum vom 1. Januar 2008 bis 31. Dezember 2012 den Ausstoß dieser Emissionen in die Atmosphäre um 5,2 % gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Das Abkommen basiert auf einem marktwirtschaftlichen Regulierungsprinzip, das sich im internationalen Handel mit Quoten für schädliche Emissionen ausdrückt. Das bedeutet, dass der Staat oder die Wirtschaftsorganisationen auf seinem Gebiet Quoten für den Ausstoß von Treibhausgasen von nationalen, regionalen oder internationalen Märkten verkaufen oder kaufen können (Art. 17 des Protokolls).

Neue Horizonte

Frankreich hat unterdessen zugesagt, im Rahmen eines Programms bis 2020 2 Milliarden Euro für die Entwicklung erneuerbarer Energien, die Elektrifizierung und Begrünung in Afrika zu investieren, wie der französische Präsident François Hollande bei einem Treffen mit afrikanischen Führungspersonlichkeiten ankündigte. In seiner offiziellen Rede in Paris am 30. November betonte der bulgarische Präsident Rosen Plevneliev, dass er die Zukunft in der "Umstrukturierung

unserer Volkswirtschaften, der Abkehr von den ressourcenintensiven Produktionsmodellen der Vergangenheit" sehe. Die globale kohlenstoffarme Wirtschaft ist nach Ansicht von US-Präsident Barack Obama nur und ausschließlich möglich, wenn ein Preis für Kohlenstoff festgelegt wird. Unser klimatisches Schicksal bleibt unklar, bis die Weltwirtschaftselite entscheidet, welches Szenario sie ihren Steuerzahlern zuweisen will.